

**Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung nach dem GVFG
gemäß ÖPNV-Investitionsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt**

.....
(Antragsteller)

.....
(PLZ, Ort)

.....
(Datum)

An das
Landesverwaltungsamt
Referat 307
Postfach 200 256
06003 Halle (Saale)

Bezeichnung des Vorhabens:

.....

Ihre Mitteilung über die Aufnahme in das Bundes-/Jahresprogramm

vom; Az:

Ich (wir) beantragen zur Durchführung des o.a. Vorhabens eine Zuwendung nach dem GVFG in Höhe von

_____.

Darüber hinaus habe(n) ich (wir) zur Komplementärfinanzierung des o.a. Vorhabens auf der Grundlage von § 8b Abs. 3 ÖPNVG LSA i.V.m. Nr. 2 der VV-EntflechtG/Verkehr bei dem uns zuständigen Aufgabenträger eine Zuwendung in Höhe von

_____.

beantragt.

Für Rückfragen steht Ihnen / Telefon: (.....)/ zur Verfügung.

1. Das Vorhaben soll

im Haushaltsjahr 20.....

in den Haushaltsjahren 20 bis 20

nach den beiliegenden Unterlagen durchgeführt werden.

Im Einzelnen sind folgende Unterlagen beizufügen:

- Entwurfsunterlagen (einschl. Erläuterungsbericht mit detaillierter Projektbeschreibung, Ziel und Notwendigkeit sowie Angaben zur Vorbereitung des Vorhabens, Bauablauf und einer Kostenberechnung)
- Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben
- Generalverkehrsplan oder gleichwertiger Plan (z.B. Nahverkehrsplan)
- Nachweis der Gesamtfinanzierung (z.B. bestätigter Investitionsplan)
- Erklärung zur Umsatzsteuerpflicht
- Erklärung zur Anerkennung der Zweckbindung
- Erklärung zu subventionserheblichen Tatsachen i.S.d. Strafrechts
- Wirtschaftlichkeitsberechnungen (z.B. Kosten-Nutzen-Analyse)
- Stellungnahme des Behindertenbeauftragten

2. Finanzierungsplan

(Im Finanzierungsplan sind die Ausgaben und soweit möglich die zuwendungsfähigen Ausgaben darzustellen. Die Umsatzsteuer, die nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes als Vorsteuer abziehbar ist, gehört nicht zu den Gesamt- und zuwendungsfähigen Ausgaben.)

Gesamtausgaben des o.a. Vorhabens **EUR**

zuwendungsfähigen Ausgaben: **EUR**

Die Finanzierung ist wie folgt vorgesehen:

a) Zuwendung des Bundes nach dem GVFG: **EUR**

b) Zuwendung des Landes nach § 8b Abs. 3 ÖPNVG LSA **EUR**

c) Beiträge Dritter, nämlich:

..... : **EUR**

mithin gesamt: **EUR**

d) Eigenmittel des Antragstellers:

Investitionsrate(n) des ordentlichen Haushalts: **EUR**

Entnahme aus Rücklagen: **EUR**

Kredite: **EUR**

Sonstige Finanzierungshilfen von:

.....
.....

zur Verstärkung der Eigenmittel des Antragstellers: **EUR**

Eigenmittel gesamt: **EUR**

3. Für das Haushaltsjahr 20.... sind Leistungen mit folgendem Wertumfang vorgesehen:
(Einzelaufstellung bitte unter Anlage Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben)

Gesamtausgaben: EUR

zuwendungsfähige Ausgaben: EUR

4. Für das Vorhaben werden in den folgenden Haushaltsjahren voraussichtlich benötigt:

Haushalts- jahre	Investitionsmittel gesamt	Bundes- zuwendung	Landes- zuwendung
20	EUR	EUR	EUR
20	EUR	EUR	EUR
20	EUR	EUR	EUR
20	EUR	EUR	EUR
20... bis 20 ...	EUR	EUR	EUR

5. Mit der Durchführung der Baumaßnahme wird am begonnen. Als Zeitpunkt für die Verkehrsfreigabe ist der vorgesehen.

6. Für die Baudurchführung, die Mittelbewirtschaftung und den Verwendungsnachweis zuständige Stellen:

.....

7. Bankverbindung:

Kreditinstitut:

Konto-Nr.: Bankleitzahl:

Der Antragsteller erklärt, dass

- mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des **Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird** (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten)
- ein vorzeitiger **Maßnahmebeginn vorgesehen ist und dazu ein begründeter Antrag eingereicht wird**
- der Antrag zum vorzeitigen **Maßnahmebeginn den Antragsunterlagen beigefügt wurde,**
- die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben **vollständig und richtig sind**

- keine Anträge für denselben Zweck bei anderen Stellen, außer den im Finanzierungsplan benannten, **beantragt und bewilligt wurden,**
- Veränderungen im Antrag hinsichtlich der Finanzierung und Zweckbestimmung unverzüglich mitgeteilt werden,**
- die Finanzierung des Vorhabens **gesichert ist**
- die Belange **Behinderter, alter Menschen und anderer Personen mit Mobilitätseinschränkungen berücksichtigt sind**

Ich (Wir) bin (sind) damit einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der Bewilligungsbehörde zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die Bewilligungsbehörde ist berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschließlich der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen. Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

.....
(rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers)